

Antrag 54/I/2026**UBV HVL****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt****Stärkung des Ausbaus erneuerbarer Energien in kommunaler Verantwortung**

1 Die SPD Brandenburg setzt sich nachdrücklich für ei-
2 nen beschleunigten und verstärkten Ausbau erneu-
3 erbarer Energien in kommunaler Verantwortung
4 ein. Der Ausbau von Solar-, Wind- und Biogasanla-
5 gen ist ein zentraler Baustein für eine sozial gerech-
6 te, wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nach-
7 haltige Energiepolitik im Land Brandenburg.

8
9 Der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien
10 leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung
11 der nationalen und internationalen Klimaziele so-
12 wie zur Reduzierung von CO₂- und Treibhaus-
13 gasemissionen. Gleichzeitig stärkt er die regionale
14 Wertschöpfung und eröffnet den Kommunen neue
15 finanzielle Handlungsspielräume.

16
17 Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien sol-
18 len ausdrücklich als Investitionen in die Zukunft un-
19 serer Kommunen verstanden werden. Durch den
20 Verkauf der erzeugten Energie können stabile und
21 langfristige Einnahmen erzielt werden, die zur Ent-
22 lastung der angespannten kommunalen Haushalts-
23 lagen beitragen. Kommunale Energieprojekte för-
24 dern zudem die Akzeptanz vor Ort und sichern, dass
25 Gewinne in der Region verbleiben.

26
27 Darüber hinaus erhöht eine dezentrale und kom-
28 munal getragene Energieerzeugung die Resilienz
29 und Ausfallsicherheit der Energieversorgung. Gera-
30 de in Krisenzeiten zeigt sich, dass regionale Erzeu-
31 gung, Speicherung und Nutzung erneuerbarer Ener-
32 gien ein wichtiger Faktor für Versorgungssicherheit
33 und Unabhängigkeit von externen Energieimporten
34 sind.

35
36 Zudem ist nachweislich belegt, dass ein hoher An-
37 teil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung
38 dämpfend auf die Energiepreise wirkt. Damit trägt
39 der Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur zum
40 Klimaschutz, sondern auch zu bezahlbaren Energie-
41 preisen für Bürger*innen sowie für die Wirtschaft
42 bei.

43

zurückgestellt wegen Koa-Vertrag

44 Der Landesparteitag fordert die SPD-geführte Lan-
45 desregierung Brandenburg auf:

- 46 1. Die Energiestrategie 2040 konsequent fort-
47 zuschreiben und umzusetzen und dabei auf
48 eine enge Kooperation mit den Bürger*innen,
49 kommunalen Akteur*innen, wissenschaft-
50 lichen Einrichtungen und kommerziellen
51 Unternehmen zu achten.
- 52 2. Kommunen aktiv zu unterstützen bei: - der
53 Finanzierung der Errichtung von Anlagen zur
54 Gewinnung erneuerbarer Energien, - der Iden-
55 tifikation und Bewertung geeigneter Standor-
56 te, - der Erschließung und Nutzung von För-
57 dermitteln aus nationalen und europäischen
58 Förderprogrammen.3.Kommunale und regio-
59 nale/landeseigene Energiegesellschaften be-
60 vorzugt zu fördern und rechtliche sowie finan-
61 zielle Rahmenbedingungen zu schaffen bzw.
62 fortzuentwickeln, die die kommunale Beteili-
63 gung und Eigentümerschaft stärken.4. Spei-
64 chertechnologien und intelligente Netze als
65 integralen Bestandteil des Ausbaus erneuer-
66 barer Energien voranzubringen, um Versor-
67 gungssicherheit und Netzstabilität zu erhö-
68 hen.

69
70 **Begründung**

71 Die Stärkung erneuerbarer Energien in kommunaler
72 Verantwortung verbindet Klimaschutz, soziale Ge-
73 rechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und demokra-
74 tische Teilhabe. Sie ist ein entscheidender Schritt hin
75 zu einer resilienten, bezahlbaren und nachhaltigen
76 Energieversorgung in Brandenburg. Die SPD Bran-
77 denburg bekennt sich zu diesem Weg und gestaltet
78 ihn aktiv im Interesse der Kommunen und der Men-
79 schen vor Ort.